

Niederschrift

über die 3. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 8. Oktober 2009
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:05 Uhr
Ende: 17:50 Uhr

Unterbrechungen: keine

Anwesenheit:	Soll:	43	Mitglieder der Stadtvertretung
	Ist:	37	Mitglieder der Stadtvertretung
		86,05	%

Entschuldigt fehlten: Ratsherr **Dr. Krause** (fraktionslos)
Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE)
Ratsherr **Pissarek** (SPD)
Ratsfrau **Rambow** (fraktionslos)
Ratsfrau **Strunk** (SPD)

Unentschuldigt fehlte: Ratsfrau **Kersting** (DIE LINKE)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und des Beigeordneten:

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister
Herr **Walter**, Beigeordneter

I. Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, eröffnet die 3. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

II. Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Einwohner liegen keine Fragen vor.

III. Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
- Feststellung der Anwesenheit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, stellt die ordnungsmäßige Einladung fest (Postausgang am 30.09.2009).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben (vgl. Anlage 1).

IV. Beschluss über die Niederschrift der 2. Sitzung der Stadtvertretung am 03.09.2009

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

DS V/55 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) bezieht sich auf die Seite 5. Im Punkt 2.5.2 Schulanmeldung für das Schuljahr 2010/2011 wird darauf hingewiesen, dass in diesem Jahr die Schulanmeldungen der zukünftigen Erstklässler nicht wie in den Jahren zuvor im September entgegengenommen werden, sondern aus organisatorischen Gründen erst im Oktober, nach der Bundestagswahl.

Frage: Was hat die Bundestagswahl damit zu tun?

Die Belastung vor der Bundestagswahl sei im Bürgerbüro außerordentlich hoch und hänge damit zusammen, dass die Briefwahl an Bedeutung gewinnt. Der Wähleranteil bei der Briefwahl habe über 12 % betragen. Damit sei das Bürgerbüro mehr als ausgelastet, informiert Herr **Schmidt**, Leiter Fachbereich Schule, Kultur, Jugend und Sport.

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) bezieht sich auf die Seite 4, Punkt 2.4, und möchte wissen, ob es möglich ist, zu dem Projekt „HaLT – Hart am Limit“ eine Information über Inhalt und Umsetzung zu erhalten.

Herr **Modemann**, Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung, erklärt, dass es bei diesem Projekt um das Thema Sucht und darum geht, dem „Komasaufen“ der Jugendlichen zu entgegen, ein Netzwerk aufzubauen und mit anderen abzugleichen. Es wird eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

VI. Anfragen

Ratsherr **Barthelt** (DIE LINKE) bezieht sich auf die Bepflanzung in der Stargarder Straße. Ursprünglich sei das Pflanzen von sechs Bäumen in der Stargarder Straße vorgesehen und dann abgeändert worden, sodass erst im Nachhinein das Pflanzen der Bäume veranlasst wurde.

Fragen:

- Wer hat das so entschieden?
- Welche Mehrkosten sind durch diese Aktion zu verzeichnen bzw. woraus werden sie finanziert?
- Wie kann es sein, dass Planungen beliebig verändert werden?

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, widerspricht dem, dass Planungen willkürlich verändert werden. Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Ducksachennummer **V/83**.

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) geht es um das Wohngebiet Carlshöhe, wo es auf dem Spielplatz weder Bänke noch Papierkörbe gibt.

Frage:

Kann dort nachgerüstet werden?

Es gibt weit über 1000 Bänke in der Stadt, die ständig gepflegt werden, erklärt Herr **Dr. Krüger**. Hinweisen über Defizite werde nachgegangen und, wenn berechtigt, Abhilfe geschaffen.

Dieser Spielplatz befindet sich noch nicht im Eigentum der Stadt Neubrandenburg, informiert Herr **Benischke**, Betriebsleiter Städtisches Immobilienmanagement. Die Stadt sei gegenwärtig dabei, das Grundstück zu übernehmen. Dann könne entsprechend ergänzt werden.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) möchte wissen, ob sich die Stadt Neubrandenburg an der Aktion des Städte- und Gemeindetages „Licht aus“ beteiligen wird. Er denkt, dass sich die Stadt solidarisch zeigen und anschließen sollte.

Die Stadt sei dabei das zu prüfen, sei aber nicht offiziell durch den Städte und Gemeindetag angesprochen worden, antwortet Herr **Dr. Krüger**. Es gibt Überlegungen zur Umsetzung, dabei sei es aber viel einfacher in einem kleinen Ort, von dem die Initiative ausging, so etwas zu realisieren als in einer großen Stadt. Wie, was und in welcher Zeit es umgesetzt wird und möglicherweise auch rechtliche Konsequenzen, werden durch die Verwaltung geprüft. Es könnte die Verwaltung ermutigen, wenn die Stadtvertreter das wohlwollend aufnehmen und zustimmen, dann könnte die Stadt Neubrandenburg diese Aktion unterstützen.

Die Stadtvertreter signalisieren ihre Zustimmung.

VII. Informationen und Mitteilungen

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, informiert über ein Treffen auf der Ebene der Theater tragenden Kommunen der Mehrspartentheater im Lande (Oberbürgermeister der Städte Greifswald, Stralsund, Neubrandenburg und dem Landrat des Landkreises Mecklenburg-Strelitz), die das Theater Vorpommern und die Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz vertreten:

Es sei darüber beraten worden, wie mit der im FAG angekündigten Zuwendung von 35,8 Mio. EUR für die zwei sogenannten Kulturkooperationsräume, die im letzten Jahr durch die Landesregierung beschlossen worden sind, umgegangen wird. Im Ergebnis des Gespräches sei eine Vereinbarung dahingehend getroffen und unterzeichnet worden, in Zukunft zusammen arbeiten zu wollen. Es werden jetzt die Arbeitsebenen beauftragt, Strukturen zu erarbeiten, die dann zum Beschluss in den Vertretungen vorgelegt werden, damit diese Dinge entsprechend umgesetzt werden können. Die Theater tragenden Kommunen seien zu der Auffassung gekommen, dass die Kommunen, bei der derzeitigen Finanzsituation und vor allem auch bei den Zuwendungen, nicht in der Lage sein werden, die Theater in der jetzigen Struktur weiter in ihren Angeboten so zu gestalten, dass mit den Finanzmitteln ein wirklich adäquates Angebot an Theater, einschließlich Ballett, Orchester usw. vorgehalten werden kann. Deshalb das Bestreben zur Zusammenarbeit.

Dazu heißt es in der Vereinbarung: „.... ist das flächendeckende Angebot und die Standortqualitäten innerhalb des Kulturkooperationsraumes II (der Bereich Nordvorpommern, Rügen, Stralsund, Greifswald, Ostvorpommern, Uecker-Randow, Mecklenburg-Strelitz, Müritzt, Demmin und Neubrandenburg) nur zu erhalten und zu erreichen, wenn

1. eine Neugliederung der Theater- und Orchesterstrukturen im Kulturkooperationsraum II entsteht,
2. die FAG-Zuschüsse für die gesamte Region des Kulturkooperationsraumes II effizient gemeinsam gesteuert werden und
3. notwendige Strukturveränderungen gemeinsam möglichst zeitnah eingeleitet werden.“

Um die verantwortbare Strukturempfehlung an die Vertretung der Gebietskörperschaften im Kulturkooperationsraum II beantragen zu können, wird gemeinsam eine gutachterliche Empfehlung durch einen externen Dritten eingeholt. Die unterzeichnenden Gebietskörperschaften verabreden gemeinsame Strukturentscheidungen für den Kulturkooperationsraum II vorzubereiten und umzusetzen. Als ein erster gemeinsamer Schritt wird die gemeinsame Kooperationsvereinbarung der Theater Vorpommern GmbH/Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz mit der Vorpommerschen Landesbühne Anklam erarbeitet und deren Umsetzung ab 01.01.2010 angestrebt.

Des Weiteren soll eine Angebotsstruktur aufgebaut werden, die sich nach Kernkompetenzen der Städte Greifswald, Neubrandenburg, Neustrelitz und Stralsund ausrichtet. Schon jetzt gibt es erkennbare Kernkompetenzen an den einzelnen Standorten.

Kernelemente seien eine notwendige Orchesterreform. Schon in dem Beschluss der Landesregierung sei gesagt, dass es in jedem der Kulturkooperationsräume nur noch ein Orchester geben soll. Wie die Orchesterreform am Ende aussehen wird, werde sich erst diskutieren lassen, wenn dazu entsprechende Strukturvorschläge vorliegen. Es seien bereits erste Vorstellungen geäußert und diskutiert worden. Jedoch müsse abgewartet werden, was am Ende vorgeschlagen wird.

Die ausgewogene Zuordnung von Angebotskernkompetenzen auf die Standorte Greifswald, Neubrandenburg, Neustrelitz und Stralsund soll stattfinden. D. h. in einzelnen Standorten werde es bestimmte Kernangebote geben, die dann jedoch in der gesamten Fläche bespielt werden, sodass überall auch leistungsfähige Angebote mit einer abgesenkten Kostenstruktur entstehen.

Das, was vereinbart wurde, sei auch daher interessant, da es dem Modell, welches auch bei der Verwaltungsstrukturreform vorgeschlagen wurde, deutlich entgegen kommt und zeigt, dass es auch möglich sein wird, zu erheblichen Einsparungen mittel- und langfristig zu kommen, wenn vernünftig zusammengearbeitet wird.

Am Ende werde die Frage sein, wie jede einzelne Kommune, auch über die vier Theater tragenden Kommunen hinaus, bereit sein wird, sich für die Angebote, die dann an Bespielung erfolgen, zu beteiligen. Dass nach dem neuen FAG 35,8 Mio. EUR für Theater- und Orchesterstrukturen vorgehalten werden, finde Herr Dr. Krüger positiv, zumal Möglichkeiten gesehen werden, in einer vernünftigen Zusammenarbeit finanziell damit klar zu kommen.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, informiert über ein Treffen der Kreistagspräsidenten des Kreistages Mecklenburg-Strelitz, Müritz und Demmin und ihm in Neustrelitz, welches auf Einladung des Kreistagspräsidenten Dr. Körner stattgefunden hat. Thema des Treffens war die bevorstehende Kreisgebietsreform. In diesem Gespräch konnte es zunächst nur um atmosphärische Themen und um das „Festklopfen“ von Themenbereichen gehen. Ein weiteres Treffen ist am 24.11.2009 vorgesehen.

VIII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur übergebenen Einladung einschließlich der Ergänzung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgenden Änderungsbedarf:

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, teilt mit, dass der Oberbürgermeister mit Schreiben vom 8. Oktober 2009 informiert hat, dass er die Drucksachen

IV/1291 und IV/1292 Entwicklungs- und Pflegekonzept Kulturpark Neubrandenburg

für die heutige Sitzung zurück zieht. Eine neue Beratungsfolge wird zeitnah angezeigt. Somit sind die Tagesordnungspunkte 12 und 13 zu streichen.

Des Weiteren sei im Hauptausschuss am 1. Oktober 2009 die Vorlage

V/42 Sanierungsmaßnahme "Nordstadt-Ihlenfelder Vorstadt" Neubrandenburg Am Pferdemarkt 1 – Einsatz von Städtebauförderungsmitteln für die Sanierung des Haupthauses

behandelt worden.

Nach Beratung im Stadtentwicklungsausschuss hat dieser die Empfehlung ausgesprochen, die Vorlage nicht in die heutige Stadtvertretung, sondern noch mal in den Stadtentwicklungsausschuss am 26.10.09 zu verweisen. Die Verwaltung hat dem Hauptausschuss empfohlen, diesem Votum zu folgen, was einstimmig so geschehen ist.

Insofern wäre der TOP 24 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und in der Sitzung der Stadtvertretung am 11. November 2009 zu behandeln.

Außerdem schlägt Ratsherr Rühls vor, die Tagesordnungspunkte **6 bis 9** (5. Änderung Flächennutzungsplan sowie Bebauungsplan Nr. 104 „Weitiner Höhe“) in **verbundener Aussprache** zu behandeln.

Die Vorlage

V/74 Beschlussfassung über die Gültigkeit der Kommunalwahl in Neubrandenburg am 07.06.09

wird als TOP 26 am Ende des öffentlichen Teils eingeordnet.

Ratsherr **Nötzel** (fraktionslos) erklärt seine Befangenheit zur Tagesordnung und zeigt zum Tagesordnungspunkt 17 Mitwirkungsverbot an. Er werde an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Ratsherr **Kohl** (CDU) zeigt zum Tagesordnungspunkt 25 Mitwirkungsverbot an.

Ratsherr **Bitto** (CDU) meldet einen Tagesordnungspunkt in Dringlichkeit an, der heute auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, wenn die Mehrheit der Stadtvertreter dem so folgt. Es gehe um eine gemeinsame Erklärung der Fraktionen zu dem barrierefreien Ausbau des Bahnhofes. Diese Erklärung sei sehr dringlich, da nach den Pressemitteilungen der Gesprächsfaden dort abgerissen scheint, sodass es noch heute behandelt werden sollte. Dem Antrag haben sich die Fraktion DIE LINKE und der SPD angeschlossen. Er bittet, den Tagesordnungspunkt vor dem TOP 1 zu behandeln.

Abstimmung über den **Änderungsantrag** von Ratsherrn Bitto: Die Erweiterung der Tagesordnung wird mit der mehrheitlichen Zustimmung aller bestätigt.

Der Antrag wird TOP 27 und vor dem TOP 1 behandelt.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

IX. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 27	V/84	Gemeinsame Erklärung der Fraktionen der Neubrandenburger Stadtvertretung
		Einreicher: Fraktion der SPD
		Fraktion der CDU
		Fraktion DIE LINKE

Mit dieser Vorlage soll der Oberbürgermeister in den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG unterstützt werden, erklärt Ratsherr **Bitto** (CDU) und verliest den Wortlaut der Vorlage:

Gemeinsame Erklärung der Fraktionen:

1. Die Mitglieder der Stadtvertretung Neubrandenburg sind sich darin einig, dass zur Verbesserung der städtebaulichen und betriebswirtschaftlichen Gesamtsituation am Bahnhof Neubrandenburg die Errichtung einer neuen Tunnelanlage erforderlich ist.
2. Die Tunnelanlage hat einen barrierefreien Zugang zu den Bahnsteigen und damit Teilhabe aller Personengruppen an den Angeboten des schienengebunden Personennah- und Fernverkehr zu ermöglichen.
3. Zur Verbesserung der Erschließung der Bahnanlagen und Ausstattung mit ausreichendem Parkraumangebot ist eine Zugänglichkeit der Tunnelanlage sowohl von der Innenstadt als auch der Nordstadt anzustreben.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Deutschen Bahn AG Verhandlungen zur Definierung geeigneter baulicher und finanzieller Lösungen zur Umsetzung der Maßnahme aufzunehmen.

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, könne die gemeinsame Erklärung voll inhaltlich unterstützen und führt aus:

Spätestens im Jahre 2004 sei in den Verhandlungen mit der Bahn begonnen worden an einer Lösung zu arbeiten. Von vornherein sei für die Bahn klar gewesen, dass sich vor 2008 am Bahnhof nichts ändern wird und die Planungen nicht anfangen. Deshalb sei in den letzten Jahren vor 2008 versucht worden intensiver zu verhandeln. Das Ziel der Verwaltung war dabei, immer eine Lösung anzustreben, die neben der Erreichbarkeit der Bahnsteige auch eine Verbindung der Stadtteile hin zur Nordstadt ermöglicht. Nicht nur unter dem Aspekt, dass die beiden Stadtteile verbunden sind, sondern auch um die Erreichbarkeit der Bahnsteige aus nördlicher Richtung zu ermöglichen, weil das zusätzliche Wege erspart. Es habe lange Zeit völlige Einigung mit der Bahn gegeben, dass das ein vernünftiges Projekt ist und dass es, bezogen auf eine alternative Lösung, die nur einen Ausbau der jetzigen relativ kleinen Tunnelanlage beinhalten würde, die wesentlich günstigere Lösung (nicht nur für die Stadt Neubrandenburg sondern auch für die Bahn selbst) ist. Darüber habe es Konsens gegeben. Es gab noch nicht über jedes Finanzierungsdetail eine Verständigung, aber die Verwaltung sei immer der Meinung gewesen, dass jeder sich angemessen zu beteiligen hat. Die Vorstellungen der Verwaltung gingen dahin, dass die Bahn genau das, was sie auch für einen kleineren Tunnel an Investitionen eingesetzt hätte, auch für diese Maßnahme mit einsetzt und den Rest die Stadt trägt. Soweit seien auch die Verhandlungen gelaufen.

Die dazu erfolgten und in der Verwaltung vorliegenden Entwurfsplanungen könnten den Stadtvertretern im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt werden, wenn es gewünscht wird. Diese Planungen seien nur deshalb noch nicht an die Öffentlichkeit gebracht worden, weil es noch Vorplanungen in der Verhandlungsphase waren. Die Verwaltung musste davon ausgehen, dass die Umsetzung so erfolgen kann und sich die Bahn angemessen beteiligt.

Anfang Juni 2009 habe die Verwaltung direkten Kontakt mit dem Konzernbevollmächtigten Ost - Region Mecklenburg-Vorpommern gehabt und die Verhandlungen weiter führen wollen, ergänzt Herr **Walter**, Beigeordneter. Unser Ansinnen war, eigentlich so weit zu kommen, dass die Stadt eine Entwurfs- und Baugenehmigungsplanung anbieten wollte, die als Vorleistung getätigt werden sollte, damit der nächste Schritt gemacht werden könnte, um dieses Vorhaben zu realisieren. Soweit sei es in dem Gespräch nicht mehr gekommen, da gleich zu Beginn der Konzernbevollmächtigte offenbart hat, dass sich die Bahn nunmehr entgegen der bisherigen Absprachen nicht mehr in der Rechtspflicht und in der Lage sieht, sich an der Finanzierung der Tunnelanlage zu beteiligen, sondern dass sich die Stadt dem Gesamtvorhaben alleine stellen müsste. Die Bahn würde lediglich evtl. die Teile übernehmen, die zum Erreichen der Bahnsteige notwendig sind

(Treppen und Lifte). Das sei eine völlig neue Situation für die Verwaltung gewesen. Danach habe es mehrere Versuche gegeben, im Schriftverkehr weiter zu kommen. Es sei nicht so, dass der Kommunikationsfaden ganz abgerissen ist. Der allerneueste Stand ist, dass die Bahn weiterhin an einer einvernehmlichen Lösung im Interesse der Stadt und der Bahn interessiert ist.

Die Verhandlungen mit der Bahn gestalten sich nicht ganz einfach, merkt Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister an. Es sei auf dem Schriftwege versucht worden, die Positionen und auch die Rechtspositionen auszutauschen. Im letzten Schreiben sei ein Ultimatum bis zum 21. Oktober gestellt und mit Öffentlichkeit gedroht worden. Das Ultimatum bestand im Übrigen nicht darin, dass die Stadt mit einem Rechtsstreit droht. Die Stadt habe keine rechtliche Möglichkeit gegen die Bahn vorzugehen. Es sei Bahngelände, die Stadt könne nur bitten. Die Bahn AG habe eine Auskunft an einen Journalisten gegeben, die die Stadt sehr stark belastet hat. Daraufhin habe dann die Verwaltung reagiert und die Bahn AG informiert, dass die Stadt selbst an die Öffentlichkeit geht, um das zu rechtfertigen. Die Verwaltung sei nach wie vor der Meinung, dass versucht werden sollte, sich gütlich zu einigen und eine gemeinsame vernünftige Lösung für alle zu finden. Insofern halte Herr Dr. Krüger es für sehr gut und richtig, mit diesem Beschluss eine bessere Verhandlungsposition gegenüber der Bahn auch in der Öffentlichkeit zu haben.

Ratsherr **Fuhrmann** (DIE LINKE) bezieht sich auf den letzten Punkt des Beschlusses und meint, dass er dahingehend geändert werden sollte, dass der Oberbürgermeister **weiterhin** den Auftrag der Stadtvertretung erhält mit der Bahn AG einen Kompromiss im Sinne beider Seiten zu erreichen.

Herr **Dr. Krüger** unterstützt den Hinweis von Ratsherrn Fuhrmann und schlägt folgende Änderung vor:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG zur Definierung geeigneter baulicher und finanzieller Lösungen zur Umsetzung der Maßnahme weiterzuführen.

Der Einreicher signalisiert sein Einverständnis.

Ratsherr **Nötzel** (fraktionslos) äußert, dass er seit Jahren davon ausgegangen ist, dass der Oberbürgermeister alles unternimmt, um die Situation am Bahnhof (im Sinne eines Tunnels, einer behindertengerechten Lösung, einer Durchgängigkeit zum Vogelviertel) zu verbessern.

Er finde es überflüssig, so eine Vorlage einzubringen. Er hätte vom Oberbürgermeister erwartet, dass er die Ausführungen zu dieser Thematik im Tagesordnungspunkt Informationen und Mitteilungen vornimmt.

Herr **Dr. Krüger** entgegnet, dass er alles getan habe, was er tun konnte. Die Verwaltung habe die Presse pflichtgemäß informiert. Aus diesem Grunde habe er davon abgesehen, weil die Presse vollständig, umfänglich und ausführlich berichtet hatte. Auf Nachfragen von Seiten der Stadtvertretung sei er eingestellt gewesen.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) denkt, dass die Verhandlungen sehr fragil sind. Die Bahn AG komme irgendwann in der Öffentlichkeit in ein Glaubwürdigkeitsproblem. Vor über einem Jahr gab es eine öffentliche Veranstaltung mit einem Manager aus Stralsund. Dort seien die Tunnelpläne vorgestellt und gesagt worden, dass es Varianten gibt. Von Seiten der Bahn AG sei konstruktiv in Aussicht gestellt worden, dass ernsthaft an einer der beiden Variante gearbeitet wird. Die Bürger haben damals das Gefühl gehabt,

dass konstruktiv mit der Bahn gearbeitet wird. Der Sachstand sei nun ein ganz anderer. Deshalb unterstütze er auch den heutigen Antrag.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 25/03/09

TOP 1 **V/71** Angemessenheit der Aufwandsentschädigungen der Stadtvertretung
Neubrandenburg
Einreicher: Stadtpräsident

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 26/03/09

TOP 2 **V/72** Umsetzung der geplanten Neustrukturierung der im Bereich Kultur von
Dritten zu erbringenden Leistungen
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
Ratsherr André Sandmann

In der 35. Sitzung der Stadtvertretung im Dezember 2007 informierte die Verwaltung mit einer Informationsvorlage über den Stand der geplanten Neustrukturierung der im Bereich Kultur von Dritten zu erbringenden Leistungen, erinnert Ratsfrau **Malchow** (DIE LINKE). Mit der damaligen Vorlage seien die Stadtvertreter in Kenntnis gesetzt worden, welche Ziele mit der Neustrukturierung der Vergabe und Förderung von Leistungen freier Träger im Kulturbereich realisiert werden sollen.

Zitat aus der Vorlage: „die Einhaltung rechtlicher Rahmenbedingungen, die Erhöhung der Qualität kultureller Angebote, die Erhaltung und gegebenenfalls Erhöhung der Vielfalt der Träger trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung, die Sicherung langfristiger Leistungen durch Abschluss von Vereinbarungen im Ergebnis von Ausschreibungen, die Förderung des Wettbewerbes zwischen Anbietern kultureller Leistungen und die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Neubrandenburg“. Des Weiteren sei über Grundsätze der Neustrukturierung, die geplante Strukturierung der Leistungen und die zeitliche Abfolge der Umsetzungen informiert worden.

Zwei Jahre seien nun vergangen und die Fraktion DIE LINKE und Ratsherr Sandmann seien der Meinung, dass es an der Zeit ist, sich über den Stand der Neustrukturierung berichten zu lassen.

Fragen:

- Wie ist der Stand der Neustrukturierung heute zu sehen?
- Welche Ziele sind mit welchen Mitteln erreicht worden?
- Welche damals definierten langfristigen Leistungen sind wie gesichert?
- Was ist aus der vom Oberbürgermeister damals als Problemlösung vorgeschlagenen Idee der Ausschreibung von Leistungen oder der Auslobung von Förderprogrammen geworden?

Die Einreicher bitten um Zustimmung zum vorliegenden Antrag, auch in der Hoffnung, damit in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung durch den Bericht des Oberbürgermeisters eine gute Grundlage für die kommenden Haushaltsberatungen zu haben.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 27/03/09

- TOP 3** **V/53** Änderung des Beschlusses 13/01/09
 Vertreter/innen der Stadt Neubrandenburg in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Delegiertenschlüssel)
 Einreicher: Fraktion der CDU

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **28/03/09**

- TOP 4** **V/73** Änderung des Beschlusses Nr. 08/01/09
 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der beratenden Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V
 hier: Wahl eines Mitgliedes in den Schul- und Sportausschuss
 Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **29/03/09**

- TOP 5** **V/34** Informationsvorlage
 Fortschreibung des Berichtes über die Auswirkungen des SGB II in der Stadt Neubrandenburg 2008
 Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Finanzausschuss: zur Kenntnis genommen
 Jugendhilfeausschuss: zur Kenntnis genommen
 Sozialausschuss: zur Kenntnis genommen

Die ermittelten Regelsätze für die Kommunen reichen nicht mehr aus, um die gesetzlich vorgeschriebenen Anforderungen zu erfüllen, stellt Ratsherr **Fuhrmann** (DIE LINKE) fest. Der vorliegende Bericht zeige deutlich, wie die anwachsenden Aufgaben immer mehr der Stadt übergeholfen werden. So haben sich z.B.

- die Ausgaben für mehrtägige Klassenfahrten seit 2005 auf das mehr als Vierfache erhöht,
- die Wohnungsbeschaffungskosten mehr als verdoppelt und
- der Aufwand für die Erstausrüstung von Wohnungen von ca. 70.000 EUR auf 113.000 EUR erhöht. Und das trotz rückläufiger Einwohnerzahlen.

Die Stadt gebe also mehr aus, obwohl es weniger Einwohner sind und die Anzahl der Hilfebedürftigen gleich geblieben ist.

In der Einleitung der Informationsvorlage sei zu lesen, dass Neubrandenburg die höchste Arbeitsplatzdichte, das höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und die beste Kitabetreuungsquote hat. Das gebe zu bedenken. Mehr könne eine Kommune nicht tun. Die Stadt habe hohe Kennzahlen und trotzdem müsse sie sich immer mehr verschulden. Ein Problem sei, dass Vollbeschäftigte trotz ihrer Vollbeschäftigung ein so geringes Einkommen haben, das sie damit nach wie vor die Unterstützung vom Staat bzw. von der Kommune erhalten müssen.

Es werde eine gerechtere soziale Bundespolitik gefordert, denn nur dann könne auch eine gerechte Kommunalpolitik betrieben werden. Der Bund und das Land ziehen sich

zurück und die Kommune hat das Nachsehen. Wenn Leistungen für Land und Bund übernommen werden, dann müsse die Stadt auch mit den finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Die Gefahr der Kinderarmut in Neubrandenburg sei durchaus gegeben. Es müsse mit Lösungsansätzen verhindert werden, dass es sich so weiterentwickelt. Die Forderung nach besserer Finanzausstattung an Land und Bund müsse im Landtag und im Bund lauter eingefordert werden, meint Ratsherr Fuhrmann. Es wäre evtl. hilfreich, wenn die Zahlen der Zu- und Wegzüge der Personen und auch die Auswirkungen und Veränderungen im Bund oder im Land durch Gesetzesänderungen in den landespolitischen Rahmenbedingungen für die Betroffenen und die Kommunen detaillierter wären.

Das Thema Altersarmut tauche im Bericht noch nicht auf, werde aber die Kommune demnächst auch beschäftigen.

Der Bericht sei für den Sozial- und Jugendhilfeausschuss von immenser Bedeutung, da daran die Prioritäten festgelegt werden müssen. Darum bedanke er sich im Namen der Fraktion DIE LINKE bei allen aus der Verwaltung, die daran mitgearbeitet haben.

Die Fraktion DIE LINKE gehe davon aus, dass es weitere Fortschreibungen dieses Berichtes gibt, damit die Entwicklung in Neubrandenburg nach wie vor im Auge behalten wird, um Veränderungen zu sehen, um auf Veränderungen reagieren zu können, um Prioritäten zu überprüfen und Prioritäten ändern zu können. Aber auch, um den Nachweis gegenüber dem Land und dem Bund zu führen, welche Auswirkungen sich durch ihre Veränderungen der Gesetze zeigen.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) meint, dass es richtig ist, den Blick wegen der Konnexität in Richtung Land und Bund zu richten, hätte sich aber ein paar Worte mehr dazu gewünscht, was die Stadt machen kann. Man befinde sich in einem Teufelskreis: Einerseits müsse wirtschaftlich gearbeitet und bei Ausschreibungen das wirtschaftlichste Angebot berücksichtigt werden. Die Firma habe dann den Auftrag, aber die Kinder der Mitarbeiter der Firma werden über die Stadtkasse subventioniert. Der Bogen müsse weiter gefasst und angefangen werden darüber zu diskutieren hinsichtlich Tariftreue und Mindestlohn, mehr Konditionen in Ausschreibungen zu geben, damit sozialwirtschaftlich diese Abwärtsschraube gestoppt wird.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Die Tagesordnungspunkte 6 bis 9 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 6	V/48	5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg, Teilfläche "Weitiner Höhe" hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss) Einreicher: Oberbürgermeister
--------------	-------------	---

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 8 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung

Umweltausschuss: 7 Dafürstimmen, 2 Stimmenthaltungen

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) habe im Hauptausschuss einige Bedenken hinsichtlich der Gutachten angezeigt. Nach einem Termin mit Herrn Kühnel seien ihre Bedenken ausgeräumt. Jedoch bitte sie, dass die Stadtvertreter Auskunft erhalten, sobald der Investor von der Luftfahrtbehörde den Bescheid hat, inwieweit er Auflagen bekommen hat. Außerdem bittet sie darum, dass der Investor, wenn er mit dem Leichtflugzeug starten darf, sich an die vereinbarten Absprachen hält. Dann sei auch den Bürgern in Weitin entgegen gekommen.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) verweist darauf, dass an der Stelle auch Wohnen genehmigt wurde. Das sei ein Außenbereich und dort müsse nach der Bauverordnung, 35, begründet werden, warum in diesem Gebiet das Wohnen erlaubt werden soll.

Frage:

- Wo ist die Nachhaltigkeit der Begründung, in einem Gewerbegebiet das Wohnen zuzulassen?

Es sei eine einfache baurechtliche Regelung, erklärt Herr **Hunker**, Abteilungsleiter Bauordnung. Im Gewerbegebiet darf der Firmeninhaber eine Firmenwohnung haben. Diese Regelung gibt es auch in anderen Gewerbegebieten.

Herr **Walter**, Beigeordneter, geht auf die Bitte von Ratsfrau Bittkau ein und sagt zu, dass der Fachausschuss und die Stadtvertreter darüber informiert werden, wenn das Ergebnis der Luftfahrtbehörde vorliegt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 30/03/09

TOP 7 **V/49** 5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg, Teilfläche "Weitiner Höhe"
hier: Feststellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 8 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung
Umweltausschuss: 7 Dafürstimmen, 2 Stimmenthaltungen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 31/03/09

TOP 8 **V/45** Bebauungsplan Nr. 104 "Weitiner Höhe"
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 8 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung
Umweltausschuss: 6 Dafürstimmen, 3 Stimmenthaltungen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 32/03/09

TOP 9 **V/46** Bebauungsplan Nr. 104 "Weitiner Höhe"
1. u. 2. Lesung hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 8 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung
Umweltausschuss: 6 Dafürstimmen, 3 Stimmenthaltungen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 23 Dafürstimmen, 3 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlusnummer: 33/03/09

TOP 10 **DS IV/1296** Kommunales Einzelhandelskonzept der Stadt Neubrandenburg unter
 2. Lesung besonderer Berücksichtigung der wohnungsnahen Versorgung in den
 1 Änderungs- Stadtteilen
 blatt Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Stadtentwicklungsausschuss: 7 Dafürstimmen, 2 Stimmenthaltungen

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) vermisst detaillierter die Problematik Discounter, da das Einzelhandelskonzept bei der Standortfindung bzw. Genehmigung von Discountern helfen sollte (Verweis auf die Problematik Kaufkraft Datzeberg). Weiter vermisse er Aussagen, wie es bei vorhandenen Discountern aussieht. Dabei ergeben sich Fragen, wie: Sind diese standortmäßig von der Stadt akzeptiert? Sollten sie perspektivisch so bleiben? Sollten einige Nahversorgungszentren gegebenenfalls gestärkt werden? Das seien Fragen, die in diesem Konzept nicht ausreichend geklärt sind.

In diesem Konzept werden dezidiert Untersuchungen angestellt zum Angebot in der Stadt Neubrandenburg und zur Nachfragesituation, informiert Herr **Renner**, Abteilungsleiter Wirtschaft, Stadtentwicklung und Arbeit. Letztendlich komme der Gutachter zu dem Ergebnis, dass die Stadt im Bereich Waren des kurzfristigen Bedarfs (dazu zählen auch die angesprochenen Nahversorger) ausreichend Versorgungseinrichtungen hat. Der Gutachter kommt auf der Seite 130 ff. zu der Aussage, dass von weiteren Ansiedlungen, außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche, Abstand genommen werden sollte. Wenn Ansiedlungen noch durchgeführt werden, dann nur innerhalb der zentralen Versorgungsbereiche. Insofern sei das für die Verwaltung der Handlungsauftrag, im Zusammenhang mit der Bauleitplanung die baurechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass in Gewerbegebieten und an den Standorten, wo keine zentralen Versorgungsbereiche liegen, die Ansiedlung weiterer Märkte auszuschließen.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 34/03/09

TOP 11 **V/47** 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 "Eschen-
 grund/Chausseehaus"
 hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
 Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 35/03/09

- TOP 14** **V/33** Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Neubrandenburg und dem Landkreis Demmin über die TSE-Probenahme entsprechend Tierseuchengesetz
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Finanzausschuss: 8 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.**Beschlusnummer:** **36/03/09**

- TOP 15** **V/27** 10. Beschluss über die Verleihung von Schulnamen
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Schul- und Sportausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.**Beschlusnummer:** **37/03/09**

- TOP 26** **V/74** Beschlussfassung über die Gültigkeit der Kommunalwahl in Neubrandenburg am 07.06.09
Einreicher: Wahlprüfungsausschuss

Ratsherr **Kowalick**, Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses, macht folgende Ausführungen: Der Wahlprüfungsausschuss hatte sich mit zwei Eingaben auseinander zu setzen. Der Wahlprüfungsausschuss habe den Eingabeführern und auch dem Geschäftsführer der AWO die Möglichkeit einer Anhörung gegeben. Die Anhörungen erfolgten in der zweiten und dritten Sitzung. Danach sei beraten und festgelegt worden, dass im Wahlprüfungsausschuss Stichproben der Wahlen durchgeführt werden. So seien Stichproben der Wahlen 1999, 2004 und 2009 durchgeführt worden mit der Erkenntnis, dass diese Wahlen nicht vergleichbar sind, zumal es 1999 die AWO in der Oststadt noch nicht gab und im Jahre 2006 die Wahlbezirke verändert wurden, sodass keine Rückschlüsse gezogen werden konnten.

Dann sei das Ergebnis des Briefwahlbezirkes 908, welcher die halbe Oststadt umfasst und wo die AWO daheim ist, kontrolliert worden. In diesem Briefwahlbezirk seien 451 Stimmen abgegeben worden, davon fielen 11 Stimmen auf Frau Weiß, 18 Stimmen auf Herrn Pissarek und 39 Stimmen auf Herrn Bretschneider. Verglichen mit den Ergebnissen des Wahlbereiches 1 sei festzustellen, dass es bei Frau Weiß und bei Herrn Bretschneider identisch war und Herr Pissarek habe in dem Briefwahlergebnis prozentual weniger Stimmen bekommen als im gesamten Wahlbereich 1.

Daraufhin sei der Wahlprüfungsausschuss zu der Schlussfolgerung gekommen zu empfehlen, dass der Einspruch von Herrn Kardetzky, was die illegale Wahlwerbung in der Zeitung der AWO betraf, zurückzuweisen ist, da es sich um zuwendungsrechtliche bzw. vereinsrechtliche Dinge handelt, die nicht Gegenstand der Prüfung des Wahlprüfungsausschusses sind.

Weiter behandelte der Wahlprüfungsausschuss den Einspruch von Herrn Sandmann, was die Briefwahl betrifft. Was die Regelung des § 49 betrifft, seien sie zu der Erkenntnis gekommen, dass dieser Paragraph schon etwas älter ist, als es noch Gemeinschaftsunterkünfte gab. Jetzt sind es in der Regel keine Gemeinschaftsunterkünfte, sondern Einrichtungen, wo mehrere Menschen leben, teilweise allein auf einem Zimmer. Dieser Paragraph

sei nicht nachvollziehbar und die Regelung mache keinen Sinn. Insofern sei Herrn Sandmann für den Hinweis zu danken und die Landesregierung sollte überlegen, an diesem Gesetz Veränderung vorzunehmen, damit es auch realistisch wird. Dazu sei auch der Gemeindewahlleiter befragt worden, der aus den genannten Gründen, dass es nicht relevant war, die Leiter der entsprechenden Einrichtungen 13 Tage vorher nicht unterrichtet hat. Der Wahlprüfungsausschuss ist zu der Entscheidung gekommen, dass dieses Versäumnis nicht wahlergebnisrelevant war. Der Wahlprüfungsausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, den Einspruch von Herrn Sandmann auch abzulehnen und die Gültigkeit der Wahl anzuerkennen.

Ratsherr Kowalick bittet auf der Seite 3, in der siebten Zeile von unten folgende Korrektur vorzunehmen:

„Im Einzelnen wird auf den Inhalt **des Schreibens** des Einspruchsführers verwiesen.“

Der Wahlprüfungsausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, die Kommunalwahl vom 07.06.09 für gültig zu erklären.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 38/03/09

Günter Rühs
Stadtpräsident

Renate Klopsch
stellvertretende Stadtpräsidentin

Marion Lippold
Protokollantin